

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 9 (1968)
Heft: 13

Artikel: Tito hat gesprochen
Autor: Kuburovic, Predislav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076552>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tito hat gesprochen

«Es gibt kein anderes Beispiel in der Geschichte, dass ein Staatschef den ‚Rebellen‘ recht gibt, über deren Forderungen so viele Missverständnisse entstanden waren. Tito kam zu dieser Ansicht nach einer allseitigen und tiefen marxistischen Analyse der Lage und der Ereignisse. Vor allem, weil er weiss, dass die jungen Menschen die Ungerechtigkeit über alles hassen.»

Mit diesen Worten kommentierte Professor Dragisa Ivanovic, Rektor der Belgrader Universität, die Zugeständnisse Titos an die rebellierenden Studenten jugoslawischer Universitäten kurz nach seiner Radio- und Fernsehrede vom 9. Juni an einer grossen Versammlung in der Studentenstadt Novi Beograd im Beisein von 10 000 Studenten.

Nach sehr dramatischen und blutigen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Studenten und Belgrader Polizei am 3. Juni, nach Besetzung aller Fakultäten der Universität Belgrad durch Studenten und Professoren, nach Polizeiblockade der Fakultätsgebäude, nach Verbot der Extraausgabe des Studentenblattes «Student» sowie nach einer Einigung über eine Kompromissformel zur Beendigung der Rebellion, trat in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni sowohl in Belgrad als auch in anderen jugoslawischen Universitätsstädten nach Titos Rede eine Entspannung ein, die innerhalb der darauf folgenden 48 Stunden zur Wiederaufnahme der normalen Tätigkeit an sämtlichen jugoslawischen Universitäten führte.

Tito hat gesprochen und wurde gehört. Mit einer sehr bewegten Stimme sprach er über das jugoslawische Radio und Fernsehen zu den Bür-

gern seines Landes. Er verurteilte die Studentendemonstrationen nicht, sondern zeigte Verständnis für Rebellion, Protest und Forderungen. Ja, er lobte sogar die politische Reife der jugoslawischen Studenten und Arbeiter:

«Ich mache den Studenten keine Vorwürfe für ihren berechtigten Protest. Ich verstehe ihre Unzufriedenheit und hoffe, dass wir diesmal die Probleme so lösen werden, wie dies unsere sozialistische Gesellschaft gestattet... Die Revolte, die bei jungen Menschen zum Ausdruck kam, war zweifellos und anfänglich sehr spontan. Später, als man sie aus den Universitätsgebäuden auf die Strasse trug, infiltrierten sich auch jene Elemente, die nicht auf den sozialistischen Positionen stehen, die gegen die Beschlüsse des 8. Kongresses der BdkJ und gegen die Wirtschaftsreform eingestellt sind. Sie versuchten, die Situation für ihre Zwecke auszunutzen. Unter ihnen waren auch solche, die sich von radikalen Theorien Mao Tse-tungs inspirieren liessen. Ich bin aber trotz allem zur Ueberzeugung gelangt, dass 90 Prozent der Studenten ehrliche Jugendliche sind, deren Wünsche und Forderungen wir bisher zu wenig Gehör schenken. Ich bin glücklich, dass wir eine politisch so reife Jugend haben. Die neueste Entwicklung an den Universitäten hat erwiesen, dass 90 Prozent der Studenten zu unserer sozialistischen Jugend gehören, die sich nicht von Djilas, Rankovics oder Mao Tse-tungs Anhängern anstecken und vergiften lässt... Was die Unzufriedenheit der Studenten wegen der Zwischenfälle in Novi Beograd am 3. Juni betrifft, bin ich der Ansicht, dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden sollen. Jedermann, der in Konflikt mit dem

Gesetz kam oder seine Verantwortung überschritt und missbrauchte, muss, auf welcher Seite er auch stand, zur Rechenschaft gezogen werden... Ich verspreche diesmal den Studenten, dass ich mich für die Lösung der von ihnen aufgeworfenen Fragen und Probleme einsetzen werde, und erwarte zugleich, dass mir die Studenten dabei helfen. Und dazu noch: Falls ich mich zur Lösung dieser Probleme als unfähig erweise, dann sollte ich nicht mehr auf meinem Posten bleiben, den ich jetzt bekleide. Dies gilt auch für alle unsere Altkommunisten. Sie dürfen nicht darauf bestehen, an den Posten zu bleiben, wo sie jetzt sind, sondern sie müssen sie jenen Menschen überlassen, die fähiger sind als sie, die aufgeworfenen Fragen zu lösen» («Borba», Belgrad, 10. Juni 1968, Seite 4).

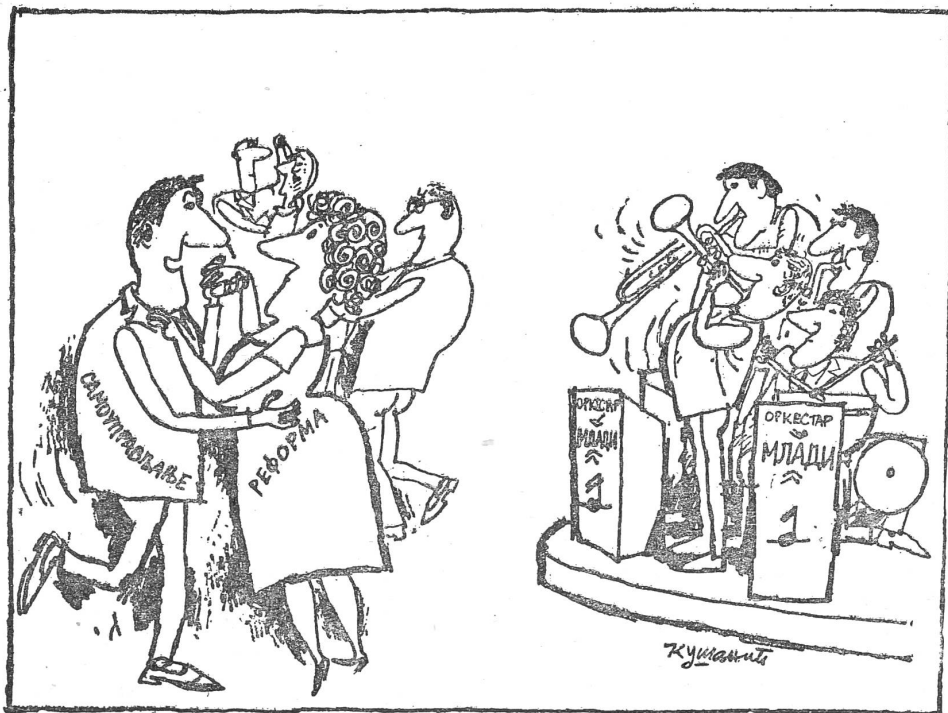
Zugleich lobte Tito die Arbeiterschaft, die sich von der Unruhe der Studenten nicht habe anstecken lassen, und warnte vor den Ereignissen, die geschehen könnten, wenn von den Arbeitern Schritte unternommen würden, die «nicht im Einklang mit der sozialistischen Gesellschaft» stünden. Ferner verurteilte Tito auch gewisse anti-sozialistische Erscheinungen in Jugoslawien, wie z. B. den Bau einer Privatfabrik (siehe KB, Nr. 10) und sicherte den Studenten zu, dass solche Dinge nicht geduldet und zugelassen werden könnten. Zum Schluss kündigte Tito für die nächsten Tage die Veröffentlichung der Richtlinien des ZK des BdkJ über die Entwicklung der sozialökonomischen und politischen Beziehungen an, mit deren Hilfe die von den Studenten aufgeworfenen Fragen zu lösen sind.

Eine Analyse Titos Rede erweckt den Eindruck, dass seine Zugeständnisse an die Studenten keine blossen Beschwichtigungen sind, sondern vielmehr eine Warnung an die Adresse der Partei- und Regierungsfunktionäre, die am Sessel kleben und den jungen, fachlich ausgebildeten Menschen den Weg in Leben und Gesellschaft versperren. Sein Rücktrittsangebot, falls es ihm nicht gelänge, die Reformen durchzuführen, dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Studenten seinem Rat folgten und die Demonstrationen einstellten. Die Furcht vor einer ungewissen Zukunft, falls Tito zurücktreten sollte, ist sehr gross. Sie wird nicht nur von Parteigängern, sondern auch von der Mehrheit des Volkes geteilt.

Vom spontanen zum gelenkten Protest

Während die Studentenproteste in Belgrad, Zagreb und Sarajewo zwei Tage lang spontan und ohne Zustimmung der Parteiorganisation vom Studentenaktionskomitee und Studentenbund getragen und geleitet wurden, zeigte sich bereits am dritten Tag eine verstärkte Tätigkeit der Parteiorganisationen an verschiedenen Universitäten, die Studentenprotestbewegung unter Kontrolle zu halten. Dies kam besonders deutlich in Zagreb im Studentenzentrum sowie an drei Fakultäten der Universität Belgrad zum Ausdruck.

In Zagreb hatte sich bereits am 3. Juni ein Studentenkomitee gebildet, das sich Komitee der sozialistisch-demokratisch-revolutionären Jugend nannte und von Leuten, die der Zeitschrift «Praxis» nahestehen, geleitet wurde. Dieses Komitee trat vor einer Studentenprotestversammlung in Zagreb mit einem Aktionsprogramm auf das nicht nur die Solidarität mit den Belgrader Studenten bekundete, sondern sehr ähnliche Forderungen proklamierte, wie sie bereits am 3. Juni



Allegro più vivace: Wirtschaftsreform und Selbstverwaltung tanzen nunmehr zur Musik des Studentenorchesters: «Doch, das ist der gleiche Tanz, nur das Tempo ist schneller.» («Politika», Belgrad.) — Dass die Studenten nur eine Beschleunigung dessen wünschten, was die Partei ohnehin wollte, ist Titos These.



Zürnende Absage — jubelnde Zustimmung: Studenten vor und nach der Rede Titos.

in Belgrad in der Studentenstadt erhoben worden waren (siehe KB, Nr. 12/1968). Kurz darauf proklamierte das Parteikomitee der Universität Zagreb ein eigenes Aktionsprogramm, das öffentlich erklärte, alle Studentenforderungen und Gesellschaftsreformen könnten nur auf der Grundlage der jugoslawischen Staatsverfassung und des Programmes des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gelöst werden. Dies war wesentlich anders als das, was das Komitee der demokratisch-sozialistisch-revolutionären Jugend forderte. Es kam zur Abstimmung über beide Aktionsprogramme an sämtlichen Fakultäten der Universität Zagreb. Mit Hilfe geschickter Propaganda gelang es der Parteiorganisation, die Mehrheit der Studenten für das Parteiaktionsprogramm zu gewinnen. Das Aktionsprogramm der Parteigeegner wurde als Programm der «linken Phrasendrescher» auf die Seite geschoben.

In Belgrad dagegen kam es am dritten Tag der Studentenrebellion zur Proklamation eines neuen Aktionsprogrammes, das vom Studentenaktionskomitee, dem Universitätsrat, dem Studentenbund und der Parteiorganisation ausgearbeitet wurde. Dieses Programm enthielt fast sämtliche Forderungen, die am 3. Juni in der Studentenstadt Novi Beograd formuliert worden waren, mit Ausnahme einer Forderung: Rücktritt der für die Polizeiangriffe gegen die Studenten verantwortlichen Regierungs- und Parteifunktionäre. Zur gleichen Zeit tauchten an sämtlichen Fakultäten der Universität Belgrad Flugblätter auf, die von einem Komitee der Vereinigten Studentengeneration unterzeichnet waren. In diesen Flugblättern wurden Studenten und Bürger des Landes zur Abschaffung der «Willkürherrschaft des BdKJ, seines Monopols über das gesamte politische, kulturelle und Wirtschaftsleben unseres Landes und unseres Volkes» ermuntert. Ferner verlangte man die Zulassung einer neuen oppositionellen Partei, die sich zum Sozialismus bekenne, als Alternative zum BdKJ («Borba», 9. Juni 1968). Das Aktionskomitee der Philosophischen Fakultät in Belgrad verfolgte in diesen Tagen seinen eigenen Weg, indem es ein eigenes Sechspunkteprogramm proklamierte, das auch die Bestrafung und den Rücktritt der Parteifunktionäre verlangte, die den Polizeiangriff gegen die Studenten befohlen hatten. Vom Aktionskomitee dieser Fakultät kam auch der Vorschlag,

die Universität Belgrad in «Rote Universität Karl Marx» umzutaufen.

In der Zeit vom 4. bis zum 7. Juni kam es in Belgrad an sämtlichen Fakultäten zur Diskussion über das von Studentenbund und Parteiorganisation proklamierte Aktionsprogramm. Die Parteiorganisation gewann die Oberhand. Am 7. Juni wurde schliesslich im Rektorat der Universität Belgrad ein Kompromiss über die Beendigung des Studentenstreiks und die Wiederaufnahme des Unterrichts an allen Fakultäten in Belgrad formuliert. Er wurde zwischen dem Universitätsrat, dem Universitätskomitee des BdKJ, dem Vorstand des Studentenbundes und dem Studentenaktionskomitee geschlossen und umfasste vier wichtige Punkte: die Einstellung der Polizeiblockade aller Fakultäten in Belgrad; die Freilassung aller verhafteten Studenten (verbunden mit einer Garantie, dass gegen sie auch später keine Strafverfolgungen verhängt werden dürfen); die Veröffentlichung eines Berichts über die Ausschreitungen in Novi Beograd vom 2./3. Juni und die Bestrafung der verantwortlichen Polizeifunktionäre; die volle und objektive Information aller Informationsmittel über die Ziele der Studenten- und Professorenbewegung an der Universität Belgrad.

Dieser Kompromissvorschlag wurde allen Fakultäten zur Abstimmung unterbreitet. Die Philosophische Fakultät machte die Annahme von der Erfüllung ihres Sechspunkteprogramms abhängig. Es wurde nach langen Diskussionen eine Ergänzung zum Kompromissvorschlag ausgearbeitet, die in einer Abstimmung 210 Stimmen auf sich vereinigte. Hingegen kam das Sechspunkteprogramm auf 365 Stimmen. Die übrigen Fakultäten stimmten dem Kompromissvorschlag zu. Bereits am Abend des 8. Juni wurde die Polizeiblockade der Fakultätsgebäude teilweise aufgehoben. Vor der Philosophischen Fakultät wurde sie aber bis zum Abend des 9. Juni aufrechterhalten. Kurz vor Titos Radio- und Fernsehrede wurde sie auch dort aufgehoben.

In der Zeit vom 3. bis 9. Juni hatte das Studenten- und Professoren-Aktionskomitee der Philosophischen Fakultät in Belgrad die Rolle einer Avantgarde der Studentenbewegung übernommen und liess sich nicht mit leeren Versprechungen zufriedustellen. Auch Titos Rede wurde

dort unter die Lupe genommen. Nach einer langen Diskussion, die sich bis zum Mittag des 11. Juni hinzog, beschloss man doch die Wiederaufnahme des Unterrichts. Zugleich stimmten die Studenten dieser Fakultät einer Entschliessung zu, wonach das Aktionskomitee sich nicht auflösen sollte, sondern weiterhin die Entwicklung in der jugoslawischen Gesellschaft und an der Universität beobachten und einmal wöchentlich dem Forum dieser Fakultät einen Bericht darüber erstatten werde, welche Forderungen von Partei und Regierung verwirklicht würden.

Keine Einigung

wurde in der Kommission erzielt, welche die Zwischenfälle vom 3. Juni in Novi Beograd zu untersuchen hatte. Zwischen Studenten und Regierungsvertretern, die in dieser Kommission zusammensassen, entstand eine Kontroverse über den Verlauf der Zwischenfälle und die Brutalität der Polizei. Die Kommission erklärte sich schliesslich nicht zuständig, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zu verurteilen, sondern überliess dies den Gerichtsbehörden. Damit sind die studentischen Forderungen nach Bestrafung der Polizeibeamten nur teilweise erfüllt worden, da sich die Regierungsvertreter in dieser Kommission weigerten, die Verantwortlichen mit Namen zu nennen. Sie verlangten, dass dies dem Gericht überlassen werden soll. Der Bericht dieser Untersuchungskommission enthielt auch keine Empfehlung zum Rücktritt der Partei- und Polizeifunktionäre, die in den studentischen Forderungen vom 3. Juni verlangt worden waren. Kurz nach Bekanntgabe dieses Berichtes billigte die serbische Landesregierung seine Schlussfolgerungen.

Köpfe rollen in falsche Richtung

Wer nach Titos Rede auf Studentenseite erwartet hatte, dass die von ihm versprochenen Mutationen und die Bestrafung der für die Zwischenfälle vom 3. Juni in Novi Beograd verantwortlichen Polizeibeamten erfolgen werde, sieht sich bis heute enttäuscht. Weder der Belgrader Polizeichef Bugarcic noch Stadtpräsident Branko Pesic oder der Polizeiminister Serbiens, Zecevic,

(Fortsetzung auf Seite 6)

Vor 50 Jahren in Russland, vor 20 Jahren in Osteuropa liquidiert

Sozialdemokraten unter KP-Regimes

Von Laszlo Revesz

Vor 50 Jahren in der Sowjetunion, vor 20 Jahren in den europäischen Volksdemokratien sind die sozialdemokratischen Parteien liquidiert worden. Die gewaltsame Abrechnung mit den Sozialdemokraten gehört zu den Charakteristiken der gegenwärtigen kommunistischen Staatsparteien. Hier stellt sich die Frage nach der Konsequenz auch der revolutionären Moral. Während terroristisches Vorgehen gegen die bürgerlichen Parteien durch die «Zuspitzung des nationalen und internationalen Klassenkampfes» allenfalls ideologisch zu rechtfertigen ist, lässt sich die oft blutige Ausschaltung der «Klassenbrüder» weder ideologisch noch moralisch auf plausible Art billigen. Während der angeblichen Diktatur des Proletariats wandte sich der Staat mit gleichen Methoden gegen Klassenfeinde und Klassenfreunde, falls diese nicht bereit waren, die kommunistische Alleinführung zu akzeptieren. In der Praxis hatten die sozialdemokratischen Exponenten sogar häufig noch mehr unter der proklamierten «Arbeiterherrschaft» zu leiden als die bürgerlichen.

Uebrigens war die Partei der Bolschewiken selbst dadurch entstanden, dass Lenin im Jahre 1903 die Russische Arbeiterpartei spaltete und aus ihrem kleinen linken Flügel eine relativ selbständige Organisation bildete. Nach der Machtübernahme ging er dann gegen die Mutterpartei eher noch rücksichtsloser vor als gegen die Sozialrevolutionäre und einige kleinere Parteigruppierungen.

Für die europäische Sozialdemokratie ist das Jahr 1968 ein doppeltes Gedenkjahr: 1918 versetzten die russischen Bolschewiken den Menschewiken (Sozialdemokraten) den tödlichen Schlag, und 1948 hörten in den europäischen Volksdemokratien die sozialdemokratischen Parteien zu existieren auf, da ihnen die von Moskau geleiteten Kommunisten eine Vereinigung aufzwangen, welche nichts anderes bedeutete als die Einverleibung der Sozialdemokraten in die KP. Weder die russischen noch später die osteuropäischen Sozialdemokraten fügten sich kampfflos ihrem tragischen Schicksal. Ihrem Widerstand setzten jedoch Sicherheitspolizei und bewaffnete Terrorgruppen ein blutiges Ende.

Die russischen Menschewiki waren noch bis Mitte 1918 in den Räten zugelassen. Dann schloss sie das Zentrale Exekutivkomitee am 14. Juli 1918 von allen Sowjets einschliesslich des damaligen Parlaments (Sowjetkongress) restlos aus. Nunmehr wurden sie durch umfassende Säuberungen zur Rolle des «Transmissionsriemens» der Kommunisten zu den Volksmassen tauglich gemacht und ihrer politischen Führer beraubt. Nach dieser Vorbereitung wurden sie durch einen neuen Beschluss des Zentralen Exekutivkomitees vom 30. November 1918 vorübergehend

wieder zu den Sowjets zugelassen («Woprosy Istorii», Nr. 11/1965). Diese Partei war keine selbständige Organisation mehr und lebte aus der Gnade der Bolschewiken noch während eines Jahres. Im Sowjetkongress war sie ohnehin nicht mehr vertreten, im Unterschied übrigens zu einigen kleineren bürgerlichen Parteigruppen, die dort noch bis 1923 zugelassen waren (Adam Lopatka: «Führungsrolle der KP im sozialistischen Staat», 2. Ausgabe, Warschau 1963, S. 95, polnisch).

Die sowjetische Parteigeschichte war bis vor kurzem offiziell der Auffassung, in Sowjetrussland sei das Einparteiensystem 1918 eingeführt worden, da die Menschewiki und Sozialrevolutionäre damals praktisch zu existieren aufgehört. Erst in den letzten Jahren hat man sich aus politischen Gründen zu beweisen bemüht, dass das «Mehrparteiensystem» bis 1923 bestanden habe («Woprosy Istorii KPSS», Nr. 4/1966, S. 101—108).

Eine interessante und bündige Begründung für die gewaltsame Ausschaltung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ist von Lenin zu haben, interessant schon deshalb, weil sie mit Bezug auf die serienweisen Wahlniederlagen seiner Partei abgegeben wurde (die Bolschewiki verloren

sämtliche Wahlen mit drastischen Ergebnissen): «Nicht in der Stimmabgabe, sondern im Leben selbst kam der Volkswille zum Ausdruck» (zitiert von A. A. Ljutinskij, Mitteilungsblatt der Moskauer Universität, Geschichte, Nr. 5/1966, S. 3 bis 19, russisch). Ebenso aufschlussreich (und aktuell) ist Lenins Argumentation zur Auflösung des Parlaments. Ihre Vorgeschichte war die gewesen: Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung wurden abgehalten, als die bolschewistische Herrschaft bereits bestand. Sie brachten den Bolschewiken trotz Wahlrechtsbeschränkungen für die andern Parteien nur ein Viertel der Stimmen ein. So lösten sie das Parlament auf, und Lenin erklärte: «In Wirklichkeit stellte sich die Mehrheit der Wähler im Kampf und nicht in der Stimmabgabe hinter die Bolschewiken» (Werke, Band 45, Seite 175, russisch).

«Sozialdemokraten und Faschisten sind Zwillinge»

Von dieser Zeit an bis 1935 verhielt sich die gesamte kommunistische Bewegung der Sozialdemokratie gegenüber feindlich. Die theoretische Begründung dafür hielt sich an die kommunistische Definition der Parteien: Die politische Partei sei im allgemeinen ein Stosstrupp einer bestimmten Klasse und vertrete deren Interessen. Die Partei der Arbeiterklasse aber, und hier wird eigentlich weniger gefolgert als behauptet, sei im Kapitalismus so gut wie im Sozialismus die KP und nicht die SDP. Dem entspricht übrigens, dass sich die kommunistischen Parteien statutengemäss als «Avantgarde der Arbeiterklasse» verstehen, wobei freilich die KPdSU seit 1961 eine Ausnahme macht und als «Vortrupp des Sowjetvolkes» bezeichnet wird. Jedenfalls beanspruchte die KP also das Recht auf Alleinvertretung der Arbeiterklasse und sprach den Sozialisten jeglichen proletarischen Charakter ab. Am dritten Kongress der Kommunistischen Internationale von 1921 wurden «Thesen über die Weltlage» angenommen, die unter anderem erklärten:

«Der Unterschied (zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten) besteht darin, dass die Sozialdemokraten die echte revolutionäre Entwicklung versperren, indem sie — ob in der Regierung oder in der Opposition — alles unternehmen, um dem bürgerlichen Staat zu helfen, seine Stabilität herzustellen; die Kommunisten hingegen ergreifen jede Gelegenheit, um den bürgerlichen Staat zu stürzen und zu vernichten.»

Tito hat gesprochen

(Fortsetzung von Seite 5)

sind abgesetzt worden. Hingegen begannen in Zagreb die ersten Köpfe zu rollen, jedoch in falscher Richtung. Die dortige Universitäts-Parteiorganisation beschloss noch in der gleichen Nacht nach Titos Rede, die Professoren Gajo Petrovic, Mladen Caldarevic und den Studenten Sime Vranic aus der Partei auszuschliessen, weil sie die Initianten des von der sozialistisch-demokratisch-revolutionären Jugend im Studenten-zentrum in Zagreb proklamierten Aktionsprogrammes waren. (Professor Petrovic ist Chefredaktor der Zeitschrift «Praxis».) Ihnen wird vorgeworfen, mit dieser Aktion ein Programm

zur Lösung der gegenwärtigen Krise in Jugoslawien vorbereitet zu haben, das sich von demjenigen des BdKJ unterscheidet. Was übrigens nicht stimmt, weil auch sie ihre Solidarität mit den Belgrader Studenten und ihrem Aktionsprogramm bekundeten. Sie gingen mit ihrer Solidaritätserklärung der Parteiorganisation an der Zagreber Universität sogar voraus, und zwar ohne deren Wissen, weshalb sie bestraft wurden.

Ein Versprechen Titos erfüllt

Die in Titos Rede angekündigte Veröffentlichung von Richtlinien des ZK über die Aufgaben der Kommunisten bei der Entwicklung der sozialökonomischen und politischen Beziehungen ist am 14. Juni erfolgt. Hier vertreten Präsidium und Exekutivkomitee des ZK des BdKJ den

Standpunkt, dass das Unterrichtssystem von Grund auf «abgeändert werden muss, damit es den Entwicklungsbedürfnissen der Produktivkräfte und der schöpferischen Befähigung der Jugend und der Werktätigen wie auch den sich vervollkommnenden sozialistischen Beziehungen entspricht». Der BdKJ spricht sich zugunsten der Verbesserung der sozialen Struktur der Studenten aus und ist der Ansicht, dass diese an der Lösung sämtlicher Probleme, die sie unmittelbar angehen, direkt teilnehmen müssen. Die wesentliche Voraussetzung, um die in der jugoslawischen Gesellschaft aufgetretenen sozialen und wirtschaftlichen sowie politischen Schwierigkeiten und Abweichungen zu beseitigen, bestehe darin, dass der BdKJ sich zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften entschlossen auf die